

NOTIFAX

05-10-2018 bis 12-10-2018

PROTESTAKTIONEN

Wegen des durch die starken Regenfälle ausgebrochenen Notstands suspendierte die Unidad Nacional ihre Demonstration

Auszug aus La Pensa 07-10-2018

Die Unidad Nacional Azul y Blanco (UNAB) suspendierte eine für Sonntag angekündigte Demonstration wegen des Notstands, den die schweren Regenfälle in mehreren Departements Nicaragua ausgelöst hat.

Unidad Nacional forderte die Stadtverwaltungen und alle staatlichen Institutionen auf, die staatlichen Mittel dazu zu verwenden, der betroffenen Bevölkerung ohne Ansehen ihrer politischen Gesinnung zu helfen.

Die Ciudadanos por la Libertad schließen sich der Unidad Nacional Azul y Blanco an

Auszug aus La Pensa 12-10-2018

Die Partei Ciudadanos por la Libertad (CxL) erklärte sich am Mittwoch zum Verbündeten der *Unidad Azul y Blanco (UNAB)*. *(Sie sprang jetzt doch noch schnell auf den Zug auf, bevor sie ganz in der Bedeutungslosigkeit verschwand. M.R.)*

Die Ankündigung erfolgte sechs Tage nachdem der Erste Vizepräsident der CxL, Óscar Sobalvarro, die Möglichkeit eines Anschlusses an die UNAB abgelehnt hatte.

Gemeinsame Ziele

Nach einem Treffen Juan Sebastián Chamorros von der Alianza Cívica por la Justicia y la Democracia und der CxL-Vorsitzenden Kitty Monterrey erklärte Chamorro: Die Einladung "erfolgte um die Einheit aller Kräfte herzustellen, die notwendig ist, um im Land die Kräfte koordinieren, die den Aufruf für vorgezogene, saubere und transparente Wahlen stärken".

Monterrey sagte: "Jetzt werden wir als Alliierte der Unidad Nacional Azul y Blanco mit dem einzigen Ziel weitermachen, diesen Kampf für freie und transparente Wahlen zu koordinieren, um die Diktatur zu zerschlagen, die wir haben".

Cosep reicht Verfassungsklage gegen das Gesetz des Amtes für Finanzanalyse (UAF)

Auszug aus La Pensa 12-10-2018

Der Unternehmerverband Cosep wird beim Obersten Gerichtshof Verfassungsklage gegen das Gesetz des Amtes für Finanzanalyse und seine Ausführungsverordnung einreichen, da es sich nach seiner Meinung das UAF in ein "suprapolizeiliches" Amt verwandle, in dem alle Bürger ohne

irgendeinen Grund zum Ziel von Ermittlungen werden, sowie das Bankgeheimnis und das Privatleben der Menschen und Firmen verletzt wird.

Die Klage wird von den Juristen des Cosep und der Privatbanken vorbereitet.

Der Cosep befürchtet, das orteguistische Regime beabsichtige das UAF mit politischen Absichten gegen die Unternehmer einzusetzen, da sich die wichtigsten Unternehmervverbände in der Alianza Cívica mit den sozialen Bewegungen, Studenten und Campesinos zusammengeschlossen haben und dort das Ende der Repression und die Wiederaufnahme des Dialogs als einzigen Weg aus der Krise fordern.

Das Model des Dialogs zwischen den Unternehmern und dem Regime ist im April wegen der Unterdrückung der Proteste zerbrochen. Ortega hatte versucht, mit ökonomischen Mitteln die Unternehmer zu zwingen, das Model wieder fortzusetzen, stattdessen hat sich aber der Verfall der Wirtschaft des Landes eher noch vertieft.

Die UAF wurde von der Diktatur als Instrument der Verfolgung geschaffen

Auszug aus La Pensa 08-10-2018

Der Diktator Daniel Ortega verabschiedete die Ausführungsverordnung zur Anwendung des Gesetzes des Amtes für Finanzanalyse (UAF, Gesetz 976), die dieser Behörde den direkten Zugang zu den persönlichen Daten der Bürger und Firmen, ermöglicht, die bei acht Behörden gespeichert sind und es ihr erlaubt, diese Informationen willkürlich zu verwenden. Für befragte Experten stellt dies einen Verfassungsbruch und eine weitere Phase der Verfolgung aller Regimegegner dar.

Kontrolle über die ONGs

Mit der Ausführungsverordnung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geldwäsche, Finanzierung des Terrorismus und der Beschaffung schwerer Waffen wurde bereits im Juni die Möglichkeit zur Kontrolle der gemeinnützigen Organisationen geschaffen. Außerdem kann man mit ihm "die wahre Identität seiner Mitglieder und Spender prüfen, seien es eigene Staatsbürger oder Ausländer".

Die Menschenrechtsverteidigerin Mónica López Baltodano ist nach Costa Rica geflohen

Auszug aus La Pensa 09-10-2018



Mónica Lopez Baltodano, Foto: LA PRENSA/O. Navarrete

Mónica López Baltodano, Menschenrechtsanwältin, Umweltschützerin und Rechtsberaterin der Coordinadora Universitaria por la Democracia y la Justicia verlängert die Liste derer, die die ins Exil gehen mussten.

In einem Video, das über die sozialen Netzwerke verbreitet wurde, berichtet sie, sie habe sich wegen der Todesdrohungen gegen sie gezwungen gesehen, nach Costa Rica zu fliehen.

“Angesichts der drohenden Gefahr, mussten wir als Familie dringende Entscheidungen treffen. Ich sah mich gegen meinen Willen gezwungen in Costa Rica um Exil zu bitten”.

“Ich mache die Ortega-Murillo-Diktatur für die Drohungen verantwortlich, die ich erhalten habe”, erklärte López nachdem sie darüber gesprochen hatte, dass sie zum Ziel eines Netzwerks von Killern der Diktatur geworden sei.

López sagte, die Entscheidung, ins Exil zu gehen, sei eine der schwersten und schmerzhaftesten ihres Lebens gewesen. Sie werde aber weiterkämpfen.

Schutzmaßnahmen der CIDH

Am 27. September hatte die CIDH Schutzmaßnahmen für Mónica López Baltodano und ihre Familie in Nicaragua ausgesprochen, da sie unmittelbar bedroht werde. Der nicaraguanische Staat wurde aufgefordert, darauf dringend zu reagieren.

Gleichzeitig stellte die Kommission fest, dass die willkürlichen Verhaftungen ein Instrument seien, um das Recht auf Ausübung der Menschenrechte zu zerstören.

Die CIDH fordert den nicaraguanischen Staat auf, sicherzustellen, dass seine Vertreter die Rechte der unter ihren Schutz Gestellten in Übereinstimmung mit den durch das internationale Recht festgelegten Standards respektieren.